Erläuterungen zu der Subventionierung der Kleinbetriebe

Für die Kleinbetriebe würde sich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten eine erhebliche Gebührensteigerung ergeben. Nach Artikel 79 Abs. 3 der neuen VO (EU) 2017/625 ist es jedoch möglich, für kleinere Schlachtbetriebe nicht kostendeckende Gebühren festzusetzen. Das ist für Großbetriebe nicht möglich. Aufgrund der nunmehr zu erfolgenden Personalkostenzuordnung würde bei den kleineren Schlachtbetrieben eine Gebührensteigerung von ca. 27 % gegenüber der letzten Gebührenkalkulation aus 2017 eintreten, wenn kostendeckende Gebühren vorgesehen würden. Da es in einem landwirtschaftlich geprägten Kreis mit unterschiedlichen Tierhaltungsbetrieben (u.a. Rinder, Schafe, Ziegen) wünschenswert ist, Schlachtungen zu vertretbaren Kosten zu ermöglichen, erscheint es angemessen, die Gebühren nur um ca. 7 % anzuheben.

Gem. Art. 79 Abs. 3 der EU Verordnung müssen folgende Punkte berücksichtigt werden, damit eine Subventionierung möglich ist:

1. Es muss sich um die Interessen von Unternehmern mit geringem Durchsatz handeln

Die Subventionierung betrifft nur Kleinbetriebe im Sinne der Satzung, dessen Gebühr sich nach § 3 der Satzung richtet.

2. Es handelt sich um traditionelle Methoden der Produktion, der Verarbeitung und des Vertriebs

Die Kleinbetriebe schlachten geringe Tierzahlen in Handarbeit und nicht am Fließband und produzieren ihre Fleischerzeugnisse nach traditionellen Rezepten.

3. Erfordernisse von Unternehmern in Regionen in schwieriger geografischer Lage

Der Kreis Coesfeld ist ein Flächenkreis. Im Kreisgebiet befindet sich lediglich ein Großbetrieb, der ausschließlich Schweine verarbeitet. Im Kreisgebiet gibt es viele kleine Tierhalter, für die es nicht wirtschaftlich wäre, einzelne Tiere zur Schlachtung in weiter entfernt liegende Ortschaften zu fahren oder ein entsprechendes Unternehmen für den Transport zu bestellen. Bei höheren Gebühren für die Untersuchung im Rahmen der Fleischschau sinken die Gewinne der Betriebe weiter, sodass die Aufrechterhaltung des Betriebes ab einem gewissen Zeitpunkt unwirtschaftlich wird.

4. Das Maß, in dem sich der Unternehmer in der Vergangenheit an die Vorschriften gemäß Artikel 1 Absatz 2 gehalten hat, bestätigt durch amtliche Kontrollen

Art. 1 Abs. 2 der neuen EU Verordnung beschreibt die amtlichen Kontrollen, mit denen die Einhaltung der Vorschriften des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz überprüft werden sollen.

Bei den vorhandenen Kleinbetrieben liegt die Erfüllung des Artikel 1 Absatz 2 vor. Amtliche Kontrollen werden vorgenommen. Darüber hinaus ist vor/nach jeder Schlachtung ein Tierarzt vor Ort, sodass auch dadurch eine permanente Kontrolle der Betriebe erfolgt. Schwerwiegende Verstöße oder eine größere Anzahl an Verstößen konnten in der Vergangenheit nicht festgestellt werden.